

Antrag
(Alternativantrag)

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/1094 -
Runder Tisch "Geburt und Familie" - Hebammen in Thü-
ringen unterstützen

Versorgung mit Hebammenleistungen in Thüringen be-
darfsgerecht ausbauen und nachhaltig sicherstellen

- I. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag zu berichten über:
 1. die Ergebnisse der Studie zur Versorgungs- und Bedarfssituation mit Hebammenleistungen sowie zur Einkommens- und Arbeitssituation der Hebammen in Thüringen;
 2. die auf der Grundlage der Studie zur Versorgungs- und Bedarfssituation mit Hebammenleistungen sowie zur Einkommens- und Arbeitssituation der Hebammen in Thüringen vom Runden Tisch "Geburt und Familie" beschlossenen Handlungsempfehlungen und schon auf den Weg gebrachten Verbesserungen der Versorgung mit Hebammenleistungen in allen Regionen Thüringens;
 3. die Arbeitsweise und Zielsetzungen des Runden Tisches "Geburt und Familie" in Thüringen;
 4. den aktuellen Lösungsstand bezüglich der Haftpflicht-Problematik auf Bundesebene.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. den Runden Tisch "Geburt und Familie" mit allen ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen zu unterstützen und die Moderation fortzusetzen;
 2. an dem Runden Tisch "Geburt und Familie" alle wichtigen Akteure, Expertinnen und Experten des Fachbereiches Versorgung mit Hebammenleistungen in Thüringen angemessen zu beteiligen und neben der Geburt auch die Themen Schwangerschaft, Wochenbett und Stillzeit einzubeziehen;
 3. die Ergebnisse des Runden Tisches "Geburt und Familie" der Öffentlichkeit vorzustellen und die Handlungsempfehlungen in die landesrelevanten Planungsprozesse aufzunehmen;

4. die Versorgungssituation und den Versorgungsbedarf adäquat abzubilden, um Analysen und Prognosen für die erforderlichen gesundheitspolitischen Entscheidungen erstellen sowie die Informationslage für Schwangere und junge Familien verbessern zu können;
5. Empfehlungen für die Struktur- und Prozessqualität einer guten Geburtshilfe in Thüringen zu entwickeln;
6. im Zuge der Beratung zu prüfen:
 - unter welchen Rahmenbedingungen ein Landesprogramm zur finanziellen Förderung von Hebammen auf den Weg gebracht werden kann;
 - ob eine Anpassung des Diagnosis Related Groups (DRG)-Systems in der Geburtshilfe auf Bundesebene eingefordert werden kann, um eine 1:1-Betreuung Gebärende/Hebamme unter der Geburt zu gewährleisten;
 - wie der Personalbestand an Hebammen in Thüringer Kliniken langfristig gedeckt werden und die Zufriedenheit des Personals und der Familien gesteigert werden kann;
7. dem Landtag spätestens im Juni 2017 über die Ergebnisse des Runden Tisches "Geburt und Familie" und über die Ergebnisse zu den Beratungen zum Modellprojekt "Hebammengeleiteter Kreißaal" zu berichten.

Begründung:

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Runde Tisch "Geburt und Familie" hat 2016 sehr intensiv gearbeitet. In verschiedenen Arbeitsgruppen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter des Hebammenlandesverbandes, der Deutschen Gesellschaft für Hebammenwissenschaften, der gesetzlichen Krankenkassen und der Landesärztekammer Thüringen sowie die Beauftragte für die Gleichstellung von Mann und Frau des Freistaats Thüringen.

Als erstes wurde das Gutachten "Hebammenversorgung in Thüringen" ausgewertet, welches von der Geburtenentwicklung in Thüringen ausgehend die Versorgungssituation und den Versorgungsbedarf im Hinblick auf Hebammenleistungen in den Blick genommen hat. An der Befragung durch das mit dem Gutachten beauftragte IGES Institut haben sich 1.775 Mütter und 167 Hebammen beteiligt. Darüber hinaus wurden Daten der amtlichen Statistik, Daten zum Leistungsangebot und Abrechnungsdaten der AOK Plus sowie Daten der Gesundheitsämter ausgewertet.

Konkrete Ergebnisse der Arbeit des Runden Tisches waren unter anderem: die Bedarfe vor allem in der Wochenbettbetreuung in größeren Städten decken; die Arbeitszufriedenheit der Hebammen in Krankenhäusern erhöhen und die Ausbildungssituation von Hebammen verbessern.

Der Runde Tisch hat seine Arbeit noch nicht abgeschlossen, aber durchaus schon politische Handlungsempfehlungen auf den Weg gebracht, die durch den Landtag unterstützt werden sollen.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Marx

Rothe-Beinlich